

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 243

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 31 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Donnerstag, den 16. Oktober

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Gerd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Der Kampf um die Reichstagspräsidenten

Löbe wieder Reichstagspräsident.

Stichwahl war erforderlich.

Berlin, 15. Oktober.

Strenger noch vielleicht als am Montag ist am Mittwoch der Reichstag von der übrigen bewohnten Welt abgeriegelt. Die Schupo zieht einen dichten Kordon um die „heiligen Hallen“, vom etwa demonstrationsfrohen Publikum kann niemand herandrängen, obwohl die Schaulustigen wieder in stattlicher Anzahl aufmarschiert sind. Sie kommen nicht auf ihre Rechnung, da jede Person bis auf die Nieren nach Ausweis und Berechtigung geprüft wird. Der Wagenverkehr ist ebenfalls auf das Notwendigste beschränkt, die Straßenbahn fährt am Reichstag vorbei, und wer sich diesem Befehl anvertraut hat und in das Gebäude muß oder will, hat ein erhebliches Stück zurückzulaufen.

Im Sitzungssaal geht es verhältnismäßig ruhig zu, nachdem der Alterspräsident Gerold die Beratungen eröffnet hat. Die Ministerbänke sind wieder leer, lediglich einige Kommissare stellen sich hinter ihnen auf. Haus und Tribünen überfüllt. Als Gerold die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung für die Präsidentenwahl verlesen hat, schlägt der Sozialdemokrat Dittmann die Wiederwahl seines Parteigenossen Löbe vor. Rippel vom Christlichnationalen Volksdienst will die hergebrachte Ordnung nicht durchbrechen, er will die Zusammensetzung des Präsidiums nur nach sachlichen, nicht nach machtpolitischen Gesichtspunkten vornehmen, spricht sich unter Psittirufen der Rechten also für die Wiederwahl Löbes aus. Torgler von den Kommunisten bezeichnet seine Partei als die einzig wirklich antikapitalistische Gruppe, was heftigen Widerspruch im Hause auslöst. Er präsentiert seinen politischen Freund Pled. Der Nationalsozialist Fried muß sich viele frächtige Worte gefallen lassen, als er Löbe einen Kriegsdienstverweigerer nennt und für die Wahl des Frontsoldaten und Volksparteilers Scholz eintritt.

Nun beginnt der erste Wahlgang durch Namensaufruf, dessen Ergebnis der Alterspräsident erst nach Stunden bekanntgeben kann. Gewählt haben 556 Abgeordnete, 2 Stimmen sind ungültig. Erhalten haben Löbe 266 Stimmen, Scholz 179, Pled 68, Graf-Thüringen 41, zusammen 554. Es muß Stichwahl zwischen Löbe und Scholz stattfinden, da die absolute Mehrheit 278 Stimmen beträgt. Das Haus schied sich mit gutem Humor in die Wiederholung der namentlichen Abstimmung.

Bei der Stichwahl wurden abgegeben 555 Stimmzetteln, davon sind 77 Zettel ungültig. 269 fielen auf den Abg. Löbe, 209 auf den Abg. Scholz. Löbe ist also zum Präsidenten gewählt. Die Sozialdemokratie bricht in stürmischen Beifall und minutenlanges Händeklatschen aus. Von rechts wird gepfiffen und Psui gerufen.

Abg. Dr. Scholz beglückwünscht den neu gewählten Präsidenten Löbe, der sofort das Präsidium übernimmt. Er dankt zunächst dem Alterspräsidenten für die geschickte Geschäftsführung und bekundet dann, er wolle sich bei seinem Amte der größten Unparteilichkeit befleißigen, und sein Streben sei es, möglichst mit allen Gruppen des Reichstages, auch jenen, die ihn jetzt nicht die Stimme gegeben haben, zu arbeiten. Aus den nationalsozialistischen Reihen ertönt mitunter heftiger Widerspruch, der aber durch erneute Beifallsalben der Sozialdemokraten niedergehalten wird. Dann begann die Wahl der Vizepräsidenten.

Sitzungsbericht.

(2. Sitzung.)

OB. Berlin, 15. Oktober.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Reichstagspräsidenten. Alterspräsident Gerold verliest die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen. Die Wahl ist geheim, sie erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln, auf denen der Name des Gewählten steht.

Abg. Dittmann (Soz.) schlägt den Abg. Löbe als Präsidenten vor.

Abg. Rippel (Chr.-soz. Volksdienst) gibt folgende Erklärung ab: „Wir Abgeordneten des Christlichsozialen Volksdienstes sind mit einem großen Teil des Reichstages der Auffassung, daß das Ergebnis der Wahl vom 14. September eine Verschiebung der Machtverhältnisse nach rechts bedeutet und daß diese Tatsache bei der Zusammensetzung und dem Kurse der Regierung beachtet werden muß. Wir sind aber der Meinung, daß die Zusammensetzung des Vorstandes und auch des Präsidiums des Reichstages durch die gegenwärtig noch geltende Geschäftsordnung zu regeln ist. Wir bedauern, daß die Zusammensetzung des Präsidiums, die nach bisheriger Übung nach der Stärke der Fraktionen getätigt worden ist, zu einer parteipolitischen Machtfrage gestempelt werden soll. Unser rein sachliche Einstellung gebietet uns daher, in dieser mehr geschäftsmäßigen denn politischen Frage uns an den Wortlaut und Sinn der Geschäftsordnung zu halten. Auch wenn die weltanschauliche und politische Einstellung des zur Wahl vorgeschlagenen von uns abgelehnt wird, folgen wir doch dem Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit.“

Abg. Dauch (Dt. Vp.) schlägt für den Präsidentenposten den Abgeordneten Scholz (Dt. Vp.) vor.

Abg. Torgler (Komm.) sagt, es werde hier ausgehandelt, wer am besten geeignet sei, im Young-Reichstag die arbeiterfeindlichen Gesetze durchzubringen. Er schlägt den Abgeordneten Pled (Komm.) als Reichstagspräsidenten vor.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.), von großem Lärm empfangen, so daß er sich kaum verständlich machen kann, führt aus: „Das deutsche Volk habe seinen Willen zur Bildung einer antimarginalistischen Front ausgesprochen. Es wäre eine Verästelung des Volkswillens, trotzdem einen Marginalisten zum ersten Präsidenten des Reichstages zu wählen. Die Nationalsozialisten lehnen diese Wahl ab. Der Redner betont zum Schluß, daß seine Fraktion der Wahl des Frontsoldaten Doktor Scholz zustimmt. Darauf beginnt

die namentliche Abstimmung zur Wahl des Reichstagspräsidenten.

Abgegeben wurden 556 Stimmen, davon zwei ungültige. Es erhielten:

Löbe (Soz.)	266 Stimmen
Scholz (Dt. Vp.)	179 Stimmen
Pled (Komm.)	68 Stimmen
Graf-Thüringen (Dtn.)	41 Stimmen

Es findet somit eine Stichwahl zwischen Löbe und Scholz statt.



Reichstagspräsident Löbe.

Abg. Löbe erhielt bei dieser Stichwahl 269 Stimmen, Abg. Scholz 209 Stimmen. 77 Stimmen waren ungültig. Damit ist Abg. Löbe zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Das Ergebnis wurde auf der Rechten mit anhaltenden Psittirufen, bei den Sozialdemokraten mit Händeklatschen aufgenommen.

Präsident Löbe, der sofort das Präsidium übernimmt, dankt in einer Ansprache den Abgeordneten, die ihn gewählt haben, ebenso dem Alterspräsidenten Gerold für seine Würdigung und fährt dann fort: Dieser Reichstag steht vor



Abg. Stöhr

wurde zum ersten Vizepräsidenten des Reichstages gewählt.

Schwierigkeiten und Problemen, die die schwersten Entscheidungen der Nachkriegszeit übertreffen. Um sie zu lösen, wird die erste Aufgabe die unbedingte Arbeitsfähigkeit des Reichstages sein. Dafür appelliere ich an die Mithilfe aller Gruppen des Reichstages, denn dadurch werden die Erwartungen der Wähler am ehesten erfüllt. Der Präsident erklärte zum Schluß, daß er die Geschäfte unparteiisch führen werde. Präsident Löbe wurde des öfteren durch Zurufe und Gelächter der Nationalsozialisten unterbrochen.

Die Wahl der Vizepräsidenten.

Für den ersten Vizepräsidenten schlägt Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) seinen Parteifreund Stöhr vor.

Abg. Dittmann (Soz.) stellt fest, daß seine Fraktion bereit gewesen wäre, auch für den nationalsozialistischen Kandidaten zu stimmen, wenn die Nationalsozialisten das Recht der Sozialdemokraten auf den Präsidentenposten anerkannt hätten. Da das nicht geschehen sei, könne seine Partei nicht für den Abg. Stöhr stimmen. Sie werde den Abg. Esser (Chr.) wählen.



Abg. Esser



Abg. Graf-Thüringen.

wurden als Zweiter und Dritter zu Vizepräsidenten gewählt.

Abg. Rippel (Christlichsoz. Volksdienst) teilt mit, seine Fraktion werde für den Abg. Stöhr stimmen. Abg. Torgler (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden für den Abg. Pled stimmen. Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe werden zur Bescheinigung der Wahl vier weitere Schriftführer bestellt.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichstag wählte den Abg. Löbe mit 269 gegen 209 Stimmen wieder zu seinem Präsidenten.

* Im Preussischen Landtag kam es bei der Rede des Ministerpräsidenten Dr. Braun zu stürmischen Auseinandersetzungen mit der Opposition.

* Im Altonaer Bombenlegerprozeß beantragte der Oberstaatsanwalt gegen die meisten Angeklagten hohe Zuchthausstrafen.

* Im Berliner Straßenkrawallprozeß wurden die Angeklagten zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

* Der frühere finnische Staatspräsident Stahlberg und seine Frau sind von politischen Gegnern im Auto entführt, dann aber wieder freigelassen worden.

Ferner wird die Wahl in der Weise vorgenommen, daß die Abgeordneten den Saal verlassen und beim Wiedereintritt ihren Stimmzettel abgeben.

Die Wahl ergab für den Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) 288 Stimmen, für den Abg. Esser (Chr.) 171 Stimmen, für den Abg. Pled (Komm.) 67 Stimmen. Ungültig waren 8 Stimmen.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) ist somit zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Er nahm die Wahl an.

Zum zweiten Vizepräsidenten des Reichstages wurde Abg. Esser (Chr.) mit 127 Stimmen gewählt, während 65 Stimmen auf Pled (Komm.) entfielen. Ungültig zersplittert waren 15 Stimmen.

Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten erhält der Abg. Graf-Thüringen (Dtn.) 227 Stimmen, während der Abg. Dr. Pflieger (Bayer. Vp.) für den Sozialdemokraten stimmen, 176 Stimmen erhält. 21 Stimmen wurden für den Abg. von Kardorf (Dt. Vp.), 66 für den Abg. Pled (Komm.) abgegeben. Da eine absolute Mehrheit nicht erzielt ist, muß eine Stichwahl stattfinden zwischen den Abg. Graf und Pflieger.

In der Stichwahl wird Abg. Graf-Thüringen (Dtn.) mit 231 Stimmen gewählt, während 200 auf den Abg. Pflieger entfielen. Abg. Graf ist somit als dritter Vizepräsident gewählt.

Es folgte dann die Wahl von zwölf Schriftführern. Die Auszählung soll erst am Donnerstag erfolgen.

Die Präsidentenwahl.

Nicht zum erstenmal — weder im Reichstag des Kaiserreichs noch in dem der Republik — haben sich vor und bei den Wahlen zum Präsidium Einflüsse politischer Art geltend gemacht, die eine Befugung der Stellen des Präsidenten bzw. des Vizepräsidenten entsprechend der Parteienstärke aus bestimmten Gründen ausschalten wollten, — mehrfach auch mit Erfolg. Das widerfuhr z. B. nach den Wahlen von 1907 dem Zentrum, 1912 den Sozialdemokraten. Und durchaus nicht alle Parteien in den verflochtenen Reichstagen hielten sich an die allmählich zur Gewohnheit werdende Berücksichtigung der stärksten Partei bei der Befugung des Präsidentenpostens, — aber jede Partei mußte es als verlegend betrachten, wenn man ihr nicht dieses wirkliche oder vermeintliche „Recht“ gewährte. Und ein solches Gefühl des Beleidigtseins kann in einem Reichstag wie dem jetzigen von den schwerwiegendsten allgemeinpolitischen Folgen sein.

Denn der Kampf um den Präsidentenposten — man hatte am Montag den Reichstag auf den Mittwoch vertagt ausdrücklich deswegen, weil dieser Kampf hoch aufgeflammt war, die Einigung auf irgendeinen Mann immer unwahrscheinlicher, die ganze Lage immer komplizierter, verworrener, unlöslicher wurde — spielte sich ja ab vor jenem allgemeinpolitischen Hintergrund, der dabei den stärksten Einfluß ausübte. Eine W a c h t p r o b e nicht nur war dieser Kampf, sondern sein Ergebnis mußte gleichzeitig eine gewisse Klärung über die parlamentarische Kräfteverteilung bringen, allerdings nur einen nicht unbedingt sicheren Aufschluß, weil auch hierbei allerlei „taktische“ Absichten und Finessen mitspielten, bestimmte politische Ziele erreicht werden sollten, die an sich mit der Präsidentenwahl nicht das geringste zu tun haben. Allerhand besondere Schwierigkeiten kamen noch hinzu, die sich aus der Einstellung der radikalen Flügelparteien zu bestimmten Festsetzungen der Reichstagsgeschäftsordnung ergaben, so daß nun wieder von der Mitte aus „Garantien“ verlangt wurden, — kurz, es war ein wildes Durcheinander, das auch nicht gerade dadurch besser wurde, daß in manchen Fraktionen die Abstimmung freigegeben worden ist. Alles war — im gegenwärtigen Augenblick eben nur ein Ausdruck der allgemeinen politischen Lage innerhalb und außerhalb des Parlaments — also in der fast chronisch gewordenen Schwere, als der Alterspräsident die „Wahlkammer“ des Reichstages eröffnete.

Nun entscheidet bei der Wahl des Präsidenten nicht die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sondern der Kandidat muß die absolute Stimmenzahl erhalten, um gewählt zu sein, d. h. er muß mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte aller überhaupt abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen; erst dann ist er gewählt. Gelingt das im ersten Wahlgang nicht, so erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben. So war es auch bei der diesmaligen Wahl des Präsidenten der Fall. Von 554 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 266 auf den bisherigen Präsidenten Löbe, 179 auf den Volksparteiler Dr. Scholz; daneben 68 auf den Kommunisten Pled und 41 auf den Deutschnationalen Graf. Es fehlten dem „Epitaphkandidaten“ Löbe also 22 Stimmen an der absoluten Mehrheit, so daß nun Stichwahl zwischen ihm und seinem nächsten „Konkurrenten“ Dr. Scholz erfolgen mußte, um nun durch einfache Mehrheitsentscheidung die Wahl endgültig zu treffen. Be-

Was die Parteien vom Reichstag erwarten.

Eine parlamentarische Umfrage.

Auf eine Umfrage: „Was erwarten Sie von dem neuen Reichstag?“ haben führende Persönlichkeiten der Reichstagsparteien folgende Antworten gegeben.

Dr. Oberführer, der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Nationalen Volkspartei, äußerte sich wie folgt: „Wir erwarten, daß endlich Schluß damit gemacht wird, die Steuerkraft eines ausgefogenen und verproletarisierten Volkes zu mißbrauchen, um das Streben Frankreichs, die größte Militärmacht der Welt zu sein, zu finanzieren und im Inland die verschwendische Wirtschaft der öffentlichen Körperschaften zu fördern. Wir erwarten die alsbaldige Neuaufstellung des Young-Plans. Wir erwarten die Neueinsetzung des Eigentumsbegriffs, als der Grundlage jeder Kultur, in seine Rechte, eine viel stärkere Sicherung der christlich-deutschen Kultur als bisher, ferner eine umfassende Geltendmachung des Wehrgeistes und der Frontsoldatenüberlieferung auf allen Gebieten der Politik und des öffentlichen Lebens.“

Stöhr (Nat.-Soz.) erklärte: „Von dem neuen Reichstag erwarten wir eigentlich nichts. Wir erwarten, daß sich unter dem Druck der Entwicklung außerhalb des Parlaments in diesem Reichstag keine Mehrheit finden wird, die den Weg in den bisherigen Gleisen fortsetzt. Wir erwarten, daß endlich erkennbar wird: Mit der Erfüllungspolitik muß radikal Schluß gemacht werden! Das alles erwarten wir unter dem Druck der Agitation außerhalb des Parlaments, unter dem Druck des von uns in Permanenz erklärten Wahlkampfes. Wir erwarten, daß im Parlament niemand mehr den Mut finden wird, die alte verhängnisvolle Politik fortzusetzen.“

Dr. Bell von der Zentrumsfraktion sprach sich dahin aus: „Meine persönliche Auffassung darüber, was wir vom neuen Reichstag erwarten, lautet wie folgt: Wir erwarten, daß der Reichstag sich an Stelle zeitraubender Neben- und verschleppender Kompromißverhandlungen mit unverzüglicher Entschlußkraft aufrast zur Volk- und Vaterland rettenden Tat. Wir erwarten, daß die Hoffnungen des deutschen Volkes auf die rettende Tat seiner Volksvertretung dadurch verwirklicht werden, daß sich die Reichstagsmehrheit, getragen von Staatsverantwortung und Pflichtbewußtsein, opferwillig und tatkräftig auf den Boden des Regierungsprogramms stellt. Wir erwarten, daß durch die Durchführung der vorgesehenen und erforderlichen wirtschaftlichen und sozialen, finanziellen und verwaltungstechnischen Reformen die Bahn frei gemacht wird für die Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung unserer Innen- und Außenpolitik.“

Dreiwitz, der Führer der Wirtschaftspartei, betonte: „Ich erwarte vom neuen Reichstag gar nichts! Keine Partei will an die Lösung der notwendigen Fragen herangehen. Ich halte es für verfehlt, daß das Kabinett nicht umgebildet wird. Eine Mehrheit ist für die Regierung nicht vorhanden; sie dürfte also in den ersten drei Tagen auf der Nase liegen.“

Graf Westarp (Volkonservativ) hob hervor: „Das Regierungsprogramm, zu dessen Durchführung der Reichspräsident der Regierung Brüning erneut weitgehende Vollmachten gegeben hat, mag zu mancher Kritik in Einzelheiten Anlaß geben und Lücken aufweisen. Immerhin enthält es bedeutungsvolle Ansätze. Pflicht und Aufgabe des Reichstages ist positive Arbeit zu seiner Durchführung und seinem Ausbau, nicht minder aber entschiedene Einspruchnahme auf die Regierung, um den Gehalten der Revision des Versailler Diktats und des Tribunesplans vorwärtszutreiben.“

Abel (Volkonservative Reichsvereinigung) führte aus: „Ich erwarte vom neuen Reichstag, daß er die von der Reichsregierung zur Durchführung des Wirtschafts- und Finanzplanes ausgearbeiteten Gesetze dahingehend ergänzt, daß die Regierungsantragungen und -maßnahmen durch ein klares, auf lange Sicht eingestelltes und arbeitssfähiges Wirtschaftsprogramm ergänzt werden. Der Reichstag muß, wenn er durch die Annahme der Ausgabenverlängerungsvorschläge dem Finanzprogramm der Regierung zustimmt, sofort auch die Produktionskosten senken. Ich erwarte vom neuen Reichstag ferner, daß er angesichts der Wirtschaftsnöte des deutschen Volkes alle Möglichkeiten zur Revision des Young-Plans wahrnimmt. Ich erwarte schließlich vom Reichstag, daß sich gegenüber dem unfruchtbaren und unehrlichen Nationalismus eine Reichstagsmehrheit von verantwortungsbewußten, von gesundem Nationalismus erfüllten Parteigruppen bilden möge.“

Prälat Leicht, der Führer der Bayerischen Volkspartei, wollte sich im einzelnen nicht festlegen, bemerkte jedoch scherzend: „Wir erwarten vom Reichstag, daß er vernünftig ist!“

Dr. Gerete (Deutsches Landvolk) entgegnete auf die Anfrage: „Vom neuen Reichstag erwarte ich, daß er nur einer Regierung das Vertrauen ausspricht, die bei den Wahlen zutage getretenen Reichsnot in der Bevölkerung Rechnung trägt. Die Durchführung eines in wesentlichen Punkten zu ergänzenden Finanz- und Wirtschaftsprogramms der letzten Reichsregierung dürfte auf parlamentarischen Wege nur möglich sein, wenn alle zur Mitarbeit bereiten Kräfte auf der Rechten auch tatsächlich zur Verantwortung herangezogen werden.“

Der politische Beauftragte des Christlichsozialen Volksdienstes, Güller, legte seine Stellungnahme folgendermaßen dar: „Da die Parteiverhältnisse eine Möglichkeit zur Bildung regierungsfähiger Koalitionen nicht bieten, muß vom neuen Reichstag die Anwendung neuer parlamentarischer Arbeitsmethoden erwartet werden, die allen zu den Staatsnotwendigkeiten positiv eingestellten Reichstagsgruppen den Weg zu fruchtbarer Mitarbeit öffnen. Das kann nur gelingen, wenn die Regierung hierbei die Führung übernimmt.“

Morath (D. Vp.) wies auf folgendes hin: „Das deutsche Volk hat unter der Führung Gustav Stresemanns außerpolitisch in den letzten sieben Jahren ungeheuerliche Schwierigkeiten überwunden und Schritt um Schritt an Boden gewonnen; in der schweren Kunst, sich selbst zu beherrschen, hat es versagt. Die Aufgabe, die es zu lösen gilt, ist ein Prüfstein für den Parlamentarismus, für die Demokratie. Wenn der Reichstag, für dessen Zusammensetzung das deutsche Volk verantwortlich ist, an seiner Aufgabe scheitert — was dann? Ich bin froh, daß mir diese Aufgabe nicht gestellt worden ist. Aber mir ist bange um Volk und Vaterland sehr bange.“

Gustav Schneider (Staatspartei) setzte folgendes auseinander: „Die wirtschaftlich und politisch vordringlichste Aufgabe ist die Bänderung der Not der Arbeitslosigkeit. Was kann getan werden? Zunächst zur Hebung der Kaufkraft fräftiger Preisabbau. Wenn die Wirtschaft nicht aus eigener Einsicht will, dann durch Zwang. Zweitens: Verkürzung der Arbeitszeit in allen Betrieben, in denen es ohne größere wirtschaftliche Opfer möglich ist. Drittens: Scharfes Vorgehen gegen die Doppelverdiener. Unter keinen Umständen darf eine Beschneidung des Wohnungsbauens vorgenommen werden. Daß die Steuern gesenkt werden, ist gut, tragbar ist auch die Umschichtung auf entbehrlichen Verbrauch. Aber es darf nicht alles auf die 96 Prozent Nichtbesitzender in Deutschland abgewälzt werden. Die Ausgabenreduktion gewinnt dadurch erhöhte Bedeutung; sie muß schärfer angepaßt werden. Zu einer vernünftigen Steuerpolitik muß eine gute Wirtschaftspolitik treten.“

Von sozialdemokratischer Seite wurde wegen der Undurchsichtigkeit der politischen Verhältnisse eine formulierte Erklärung nicht abgegeben. Es wurde aber betont, daß für die Sozialdemokratie alles darauf ankomme, die parlamentarisch-demokratische Grundlage des Staates zu erhalten, um Diktaturbestrebungen radikaler Parteien einen festen Damm entgegenzusetzen. Einer sofortigen resloßen Aufhebung der Notverordnungen würden die Sozialdemokraten nicht zustimmen; sie würden vielmehr zunächst auf parlamentarischen Wege versuchen, die breiten Schichten der Bevölkerung besonders hart betroffenen Bestimmungen der Not-

Einzelhandel über Preisabbau.

Für Preisabbau der Markenartikel.

Der Einzelhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelskammertages faßte in Dresden eine Entschlußfassung, in der es heißt: Der im Einzelhandelsausschuß des D. I. H. K. vertretene Einzelhandel ist der Überzeugung, daß in der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage jeder Abbau der Preise anzustreben ist, der irgendwie mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten vereinbart werden kann. Infolgedessen ist der Einzelhandel bereit, an seinem Teil daran mitzuwirken, daß eine solche Senkung der Preise erreicht wird.

Die Einrichtung der Markenartikel schließt große volkswirtschaftliche Werte in sich; sie gibt grundsätzlich eine Gewähr für gute und gleichmäßige Qualität und damit für eine in der Güte gleichbleibende Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Waren. Zur Erhaltung dieser Vorzüge des Markenartikels ist die Preisbindung erfahrungsgemäß ein wichtiges Mittel. Diese Vorzüge würden ernstlich gefährdet werden, wenn die Aufhebung der Preisbindung Anlaß geben würde, Markenwaren als Lockartikel durch Preisunterbietung unter der für den Handel notwendigen Spanne zu verkaufen.

Hiernach kann bei volkswirtschaftlicher Betrachtung kein Anlaß gefunden werden, das System des Preisstüchtes aufzuheben. Wo eine Preisbindung, wie sie eingangs als grundsätzlich erstrebenswert bezeichnet wurde, erreichbar ist, muß dieses Ziel durch Verhandlungen zwischen den beteiligten Wirtschaftskreisen angestrebt werden. Der Einzelhandel ist bereit, die aus einer Verminderung des Verkaufspreises unter Voraussetzung der Aufrechterhaltung der als notwendig anerkannten Nutzenfaktoren sich ergebende Verringerung des Markenpreises in Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Notlage auf sich zu nehmen.

Was darf man „ausverkaufen“?

Zum Wettbewerb im Einzelhandel.

Verschiedene Gutachten des Sonderausschusses zur Regelung von Wettbewerbsfragen bei der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels sind von besonderem Interesse für den gesamten Einzelhandel. So bezeichnet der Ausschuß es als unzulässig, im Inventurverkauf „große Mengen neuer, frischer Waren zu Ausverkaufspreisen“ anzubieten, wenn es sich um irreguläre Waren handelt. Neue modische Waren oder Neuheiten der kommenden Saison können nach seiner Ansicht nicht Gegenstand der Ankündigung in Inventurverkäufen sein und dürfen dort nicht angeboten werden. — Der Ausschuß hat es als unzulässig bezeichnet, daß ein Kommissionärseschäft, welches nur Ware in Kommission vertreibt, keinen offenen Laden besitzt und dessen Inhaber in der betreffenden Branche keine Sachausbildung genossen hat, sich als Spezialgeschäft bezeichnet. In einem anderen Gutachten legt der Sonderausschuß fest, daß sich ein Geschäft nur dann „führendes und größtes am Platze“ nennen darf, wenn es die übrigen Geschäfte an Leistungsfähigkeit, Auswahl, Qualität, Umsatz und an Personenzahl merklich übertrifft. Dabei kann zwar das Gewicht der einzelnen Merkmale verschieden beurteilt werden, das Geschäft muß aber die anderen offensichtlich überlegen. Schließlich nimmt der Sonderausschuß in einem Gutachten auch zu den Umzugsverkäufen, die mit Preisnachlässen oder auch ohne Ankündigung einer Preisherabsetzung angekündigt werden, Stellung. Der Sonderausschuß ist der Ansicht, daß infolge eines Umzuges ein Sonderverkauf mit kleinen Preisnachlässen veranstaltet werden kann. Einen Ausverkauf wegen Umzuges hält er jedoch nur dann für zulässig, wenn eine erhebliche Verkleinerung des Geschäftsfloßes erfolgt oder die Umzugskosten in einem Mißverhältnis zur Ware stehen würden.

Kann man von Sozialrenten leben?

Wie hoch sind die Renten in Deutschland?

Insgesamt werden in Deutschland an über zwölf Millionen Parteien Renten ausbezahlt, wobei natürlich Doppelzahlungen nicht ausgeschaltet werden können, da viele Parteien an zwei oder drei verschiedenen Stellen Renten erhalten. Deshalb entstand im In- und Ausland der Glaube, daß ein Fünftel der deutschen Bevölkerung von Renten der öffentlichen Hand lebt. Dies ist jedoch nicht wahr, denn neben den Doppelzahlungen ist zu bedenken, daß die Höhe der Renten in den meisten Fällen so niedrig ist, daß auch ein einzelner Mensch davon nicht leben kann, geschweige denn Familienväter ihre Familie erhalten können. So betragen in der Invalidenversicherung die Renten im Durchschnitt nur 33 Mark, wobei wir den Durchschnitt bei allen staatlichen Versicherungen errechneten, daß wir die Gesamtsumme der Auszahlungen durch die Gesamtzahl der Renten dividierten. Ein Kriegsbeschädigter, der 30prozentig beschädigt ist und also mindestens den Verlust eines wichtigen Gliedes seines Körpers nachweisen muß, erhält in der niedrigsten Orts- und Berufs-Klasse 15,40 Mark monatlich, in Berlin 30,45 Mark. Die Arbeitslosen schließlich erhalten in der niedrigsten Lohnklasse der Versicherung 6 Mark pro Woche und 40 Pf. Familienzuschlag. In mittleren Lohnklassen wird nur 11 bis 16 und 1,35 bis 2,25 Mark Familienzuschlag wöchentlich bezahlt. Dabei sind über 70 Prozent der Unterstügten in diesen mittleren Lohnklassen.

Von Tabak und Zigarrenstummeln.

Genuß und Gefahren des Rauchens.

Daß Rauchen schädlich ist und vom Standpunkt der Gesundheitspflege aus bekämpft werden muß, ist bekannt, aber der Arzt weiß auch, wie vielen Menschen das Rauchen einen Genuß bedeutet, den sie trotz aller gesundheitlichen Gefahren aufzugeben nicht gewillt sind. Darum gilt es, diese Gefahren nach Möglichkeit einzuschränken.

Die Ursachen der gesundheitsschädlichen Wirkung des Tabakrauchens erblicken die meisten Forscher im Nikotingehalt des Tabaks. Nikotin ist ein Gift, das nur im Tabak vorkommt und beim Anzünden einer Zigarre, Zigarette oder Pfeife nur zu einem Teil verbrennt, zum größeren Teil aber mit dem durchgesaugten Wasserdampf und der durchgesaugten Luft in den Mund des Rauchers gelangt. Nicht der reine Nikotingehalt ist also das wesentliche, sondern vielmehr die Nikotinmenge, die in den Rauch und damit in den Mund übergeht. Wissenschaftliche, besonders in Amerika ausgeführte Untersuchungen haben gezeigt, daß verhältnismäßig am meisten Nikotin im Rauch der Pfeife, weniger in dem der Zigarre und noch weniger in dem der Zigarette enthalten ist. Doch das allein ist nicht entscheidend für die Nikotinschädlichkeit.

Der Nikotingehalt des Rauchmaterials ist nämlich weiterhin noch abhängig von der Temperatur des Rauches, von der Dicke der Zigarre oder Zigarette, von der Dichtigkeit der Packung, und schließlich gilt auch hier die Frage: „Raß oder trocken?“ Mit anderen Worten früher, trodener Rauch enthält weniger Nikotin als heißer, feuchter, und es ist z. B. besser, eine lange, dünne, nicht zu fest gepackte Zigarre zu rauchen als eine aus gleichem Tabak hergestellte, die dick, fest und feucht ist. Im abgerauchten Ende der Zigarre, im Stummel, sammelt sich das ganze Nikotin. Deshalb sollte der Stummel stets rechtzeitig fortgeworfen, unter keinen Umständen mehrfach angezündet und etwa am Morgen weitergeraucht werden, wenn man ihn am Abend weggelegt hat. Das gleiche gilt für das Wiederanzünden einer halb gerauchten Zigarette. Zur Abkühlung des Rauches und zum Trodenrauchen empfiehlt sich für Zigarren und Zigaretten die Benutzung einer Spitze oder aber das Rauchen aus der langen Pfeife unserer Großväter.

Selbstverständlich kommt es auch sehr auf die Menge an, die täglich geraucht wird. Weisse Mäßigkeit ist beim Tabakrauchen noch mehr als bei jedem anderen Genußmittel mit Rücksicht auf unsere Gesundheit am Platze. Auch ist nicht jeder dem Nikotin gegenüber gleich empfänglich. Jugendliche Personen sollten vor dem 20. Lebensjahr das Rauchen möglichst ganz unterlassen. Unbedingt verboten, weil schwer gesundheitsschädlich, ist das Rauchen durch die Lunge. Von den einzelnen Organen, die durch übermäßiges Rauchen geschädigt werden, steht an der Spitze das Herz. Herzklappen, unregelmäßige Herzrhythmus, krampfartige Herzansfälle, Ohnmachten und anderes mehr sind erste Zeichen, die ein Aufgeben des Rauchens erforderlich machen. Der Raucherlarynx mit dem morgendlichen Husten und der Verschleimung sind allgemein bekannt. Hier scheint besonders zu reichliches Zigarettenrauchen an der Entstehung die Hauptschuld zu tragen. Nicht selten treten infolge zu reichlichen Tabakrauchens auch Sehstörungen auf, die ein rücksichtsloses Rauchverbot bedingen. Noch nicht hinreichend erforscht ist der Einfluß des Tabaks auf das Blutgefäßsystem und den Verdauungsapparat. Zweifellos trägt übermäßiges Tabakrauchen mit Schuld an der Entstehung der Aderverkalkung und an manchen Magen- und Darmkatarrhen; auf der anderen Seite aber muß zugegeben werden, daß das Rauchen einer Zigarre oder Zigarette bisweilen heilsam auf eine bestehende Stuhlträgheit einwirken kann und für manche Menschen eine gewisse Nervenberuhigung bedeutet.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß in neuerer Zeit die Ansicht vertreten wurde, nicht das Nikotin, sondern der bei der Tabakverbrennung in geringen Mengen entstehende Methylalkohol sei der Sünder, der an allem schuld ist.

England hat keine Segelschiffe mehr!

Auf schnellen Überfahrten an Bord der Ozeandampfer erwirbt man nicht die Kenntnis des Meeres, die man auf einem Segler erlangt, wo man tagaus, tagein in engerer Verührung mit der Luft und dem Wasser ist, wo man in wochenlangen Kreuz- und Querfahrten die Zeichen des Himmels, den Charakter der Winde, die Sprache der Wellen verstehen lernt. Es gibt noch Segelschiffe, die über das Weltmeer fahren, freilich nicht mehr als 14 im ganzen. Sie zeigen die Flaggen Deutschlands, Russlands, Frankreichs, Schwedens, Spaniens, Dänemarks, Finnlands, Griechenlands, Italiens, Japans, Norwegens und der Vereinigten Staaten. England ist nicht dabei! Das Land, das so lange mit seinen Seglern die Meere beherrschte, besitzt heute kein einziges Schiff mehr, das imstande wäre, mit dem Segel über die Ozeane zu fahren. Das letzte englische Segelschiff, der Viermaster „Garthpool“, erlitt im November 1929 Schiffbruch und erhielt keinen Nachfolger.

Nach Berlin! Nach Berlin!

Berlin kriegt einen Lobstsch. — Berlin kriegt einen Tadelstsch. Bäh geht! Wer kommt? — Ford kommt bestimmt nicht. — Und wovon man sonst noch spricht.

„A Berlin! A Berlin! — Nach Berlin! Nach Berlin! —, so riefen sie am Abend des 15. Juli 1870 in Paris, als der französische Ministerrat den Beschluß gefaßt hatte, Preußen-Deutschland den Krieg zu erklären. Warum sie nach Berlin wollten? Um es zu erobern, um es zu sehen, aber dann nicht sofort zu sterben, sondern aus Berlins Kosten weiterzuleben. Ihr Wunsch hat sich damals nicht erfüllt, aber jetzt kommen sie wirklich alle nach Berlin, nicht nur die Pariser und die übrigen Franzosen, sondern auch die anderen Völker alle — wer nennt die Namen! —, und sie kommen oft und gerne, und nicht sie haben Berlin, sondern Berlin hat sie erobert. Sooft jetzt in Berlin etwas los ist — und in Berlin ist eigentlich immer etwas los —, eine Weltfrauentagungskonferenz, ein Kongreß der Reklameteile, ein Museumsjubiläum, kommen die Ausländer nicht bloß in Grüppchen, sondern gleich in Scharen, und alle, durchweg alle, sind, wenn man sie so reden hört, entzückt von Berlin. „Einfach blass sind sie!“, wie der Berliner persönlich das nennt. Einer von den ganz großen Gelehrten, die kürzlich anlässlich der Weihe der vielen neuen Museen unter uns weilten, erklärte völlig hingerissen und bezaubert: „Rein, so was wie dieses Berlin gibt es nicht noch einmal auf der Erde! Diese Sauberkeit! Dieser Fleiß! Diese Pünktlichkeit! Diese hochanständigen Feste ohne jegliche Prozedur! Diese Gehens- und Hörenswürdigkeiten! Und was das vielverklärte Nachleben betrifft...“

Halt! Hier müssen wir dem begeisterten Herrn aus der Fremde, der alles Berlinische wunderbar fand, in die Rede fallen, denn so ganz reizend ist das denn doch nicht mit dem Nachleben, und es ist da schon etliches zu tadeln. Nur muß man sich immer vor Augen halten, wer die Leute sind, die „das Nachleben“ sozusagen aus der Erde stampfen. Oder glaubt wirklich jemand, daß „der Berliner an sich“ ein brennendes Interesse daran habe, daß in einem von den Baupfeilern noch nicht verwirklichten Hofweg, der von der Gedächtniskirche zum Zoogelände führt, ein künstliches Apachenviertel geschaffen wird, ein imitiertes Bedding mit Bouillottesatmosphäre, Kaschemmen, Gruseln und Zillechen Gestalten? Oder trägt wer ein heißes Verlangen nach einem „Café mit Filmateliermilieu“, wo, wie bei den Filmaufnahmen, Häuserfassaden, Schluchten, Stadtmauern, Boudoirs, Zupitellampen, Kameras usw. herumstehen, herumliegen und herumhängen sollen? Das alles und noch einiges mehr von dieser Sorte soll, wie mit Bestimmtheit verlautet, trotz oder vielleicht auch wegen der wirtschaftlichen Not den Berlinern demnächst, möglichst noch vor Weihnachten, beschert werden. Wenn die alten Museumsbretter dann wieder einmal „a Berlin“ kommen werden — die werden schau'n! Der beregte „Berliner an sich“ ist aber wirklich nicht im geringsten stolz auf die Herrschaften, die ihn in den Ruf der

Der Mann wurde auf der Stelle getötet, Mutter und Kinder mußten schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht werden.

Koblenz, 14. Okt. Im Hausflur ertrunken. In Bernfels stürzte ein Winger von der Treppe seines Hauses in den Hausflur, in den das Hochwasser eingedrungen war und ertrank. Der Mann hatte sich offenbar eine Gehirnerschütterung zugezogen und das Bewußtsein verloren. Da er sich allein im Hause befand, hat niemand von dem Unfall etwas bemerkt, sein zurückkehrender Sohn fand den Vater tot vor.

Soest, 15. Okt. Peinliche Landung. Am letzten Flugtag erlebte einer der Kunstflieger eine unangenehme Überraschung. Als er landete, begrüßte ihn ein Gerichtsvollzieher und pfändete einen Teil seiner Einnahmen. Wie „aus allen Wolken gefallen“ leerte der Flieger seine Taschen.

Otto Dierichs †.



Bochum, den 15. Okt. 1930

Heute morgen verschied der Gründer des Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungs-Verleger-Vereins, der bis zum heutigen Tage gleichzeitig 1. Vorsitzender des Vereins war, Herr Otto Dierichs. Ueber den Kreis seiner näheren Angehörigen hinaus war er bekannt und beliebt.

Geboren am 24. Juni 1869 trat er im Jahre 1895 in den Bochumer Anzeiger ein und hat von da an sein ganzes Leben der Presse gewidmet. Im Jahre 1908 gründete er den Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungs-Verleger-Verein. Diese Gründung hat sich als außerordentlich frucht-

bar erwiesen. Viele Auswüchse im Kampfe der Zeitungen untereinander konnten hierdurch verhindert werden.

In schwerer Kriegs-, Inflations- und Besatzungszeit verstand er es, das Rückgrad der Verlegerschaft zu stärken. In zahlreichen anderen Dingen hat er seine Kraft zur Verfügung gestellt. Im wesentlichen durch seine Mitwirkung wurde die Errichtung eines Zeitungs-wissenschaftlichen Institutes an der Landes-Universität in Münster i. W. möglich. Gleichzeitig arbeitete er im Hauptvorstande des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger an entscheidender Stelle mit.

Viel zu früh wurde er seinem Arbeitskreis entzogen. Die niederrheinisch-westfälische Presse hat einen Führer verloren, für den sich schwer Ersatz finden läßt.

Aus dem Gerichtssaal.

—b **Meinerzhagen, 16. Okt.** Wegen Wildddiebereien standen am vergangenen Mittwoch vier Angeklagte zur Verhandlung. Die Verhandlung wurde durch Amtsgerichtsrat Knott geführt während die Angeklagten durch die Rechtsanwältin Dr. Kirsch, Summersbach, Dr. Weber, Büdenscheid und Dr. Kurz, Meinerzhagen vertreten waren. Schon lange vor Beginn der Verhandlung hatte sich eine große Zahl Zuhörer eingefunden, sodaß man Einlaßkarten zum Gerichtssaal ausgeben mußte, was sonst in Meinerzhagen so gut wie gar nicht vorkommt. Die verschiedensten Gewehre und sonstigen Geräte waren auf einem Tisch ausgelegt und gaben der Verhandlung ein besonderes Gepräge. Amtsgerichtsrat Knott ging in sachlicher Weise auf die strafbaren Taten der Angeklagten ein. Die Aussagen der Angeklagten widersprachen sich vielfach, wohingegen die Zeugnisaussagen klar und deutlich belastendes Material zur Verfügung stellte. Trotz der umfangreichen Wildddiebereien und die Art ihrer Ausführung ließ das Gericht Milde walten und verurteilte die Angeklagten zu den niedrigsten zulässigen Strafen. Die Verhandlung dauerte von 10 1/4 Uhr vormittags bis 3 1/2 Uhr nachmittags und brachte den Angeklagten folgende Strafen: Sch. 3 Monate Gefängnis und 80 RM. Geldstrafe, außerdem noch RM. 20.— Strafe für verbotenen Waffenbesitz; S. 2 Monate Gefängnis mit 3 Jahren Bewährungsfrist sowie RM. 80.— Buße; K. 1 Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist und RM. 60.— Buße. und Schr. 1 Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist sowie RM. 50.— Buße. Ferner wurde der Angeklagte T. mit RM. 20.— wegen verbotenen Waffenbesitzes verurteilt. Die hiesigen Jäger sind den eifrigen Beamten für die Ergreifung der Täter dankbar und wäre zu wünschen, wenn diese Bestrafungen allen Wilddieben als eine Warnung dienen.

Turnen, Spiel und Sport.

—b **Kierspe-Whf., 16. Okt.** Die beiden Handballmannschaften des Turnvereins „Jahn“ Kierspe-Whf. haben am kommenden Sonntag in Oberbrügge gegen die beiden Handballmannschaften des Turnvereins Völkme-Ohringhausen zwei Freundschaftsspiele auszutragen, weshalb die hie-

sigen Spieler nach Oberbrügge fahren. Bei einem früheren Spiel konnte die 1. Mannschaft des T. Ohringhausen, die 1. Mannschaft vom hiesigen Verein schlagen; doch dürfte Ohringhausen am kommenden Sonntag der Sieg etwas schwerer gemacht werden, da die hiesigen Spieler in letzter Zeit sichtlich an Spielerfahrung und Technik gewonnen haben. Das Spiel zwischen den beiden anderen Mannschaften ist völlig offen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 15. Oktober.

Neue Schwächung der Staatspartei.

Berlin. Die Reichsgruppe bündischer Jugend in der Deutschen Staatspartei teilt mit, daß sie nach dem Ausscheiden des Jungdeutschen Ordens nicht mehr die Hoffnung habe, daß die Deutsche Staatspartei zu einem wahrhaften Anknüpfungspunkt für eine politische Erneuerung werden kann. Die Reichsgruppe bündischer Jugend trete daher geschlossen aus der Deutschen Staatspartei aus. Sie werde ihre Arbeit bündischer Sammlung erneuerungswilliger Menschen außerhalb der alten Parteien fortsetzen, jederzeit bereit, mit allen Gruppen zusammenzuarbeiten, die in aller Entschiedenheit und politischen Sauberkeit den freien, sozialen und deutschen Volksstaat erkämpfen wollen.

Edener Vorsitzender der Aero-Artist.

Friedrichshafen. Wie die Telegraphenunion erfährt, hat die Aero-Artist Dr. Edener gebeten, den Vorsitz in der Gesellschaft zu übernehmen, nachdem der Präsidentenposten durch den Tod Ransens frei geworden ist. Dr. Edener hat sich dazu bereit erklärt. Die Pläne über die Nordpolexpedition des „Graf Zeppelin“ liegen bis jetzt noch nicht vor, da die Verhältnisse zuvor genau untersucht und geklärt werden müssen.

Paratyphus in einem Kinderheim

Berlin, den 16. Oktober.

In dem Kinder- und Mütterheim der Stadt Berlin in der Rüster-Allee in Westend wurden 17 Schwestern, sieben Angestellte und drei Insassen von Paratyphus befallen. Nach ärztlichen Gutachten soll bei keinem der Kranken Lebensgefahr bestehen. Die Infektion wurde angeblich durch den Genuß von bazillenhaltigem Gänsebraten verursacht.

Kämpfe in Sao Paulo.

Widerstandsvolle Meldungen vom brasilianischen Bürgerkrieg.

Neugork, den 16. Oktober.

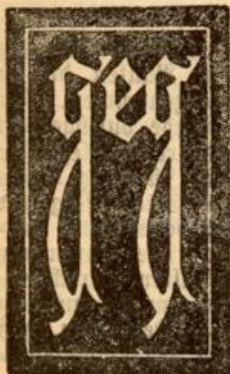
Die brasilianischen Aufständischen berichten über einen Sieg an der Grenze zwischen Sao Paulo und Parana. Die Regierungstruppen hätten viel Kriegsmaterial und zahlreiche Gefangene verloren. Die Rio-Regierung melde dagegen die Eroberung von Uheraba, einem wichtigen Eisenbahnenpunkt im Staate Minas Geraes. Zahlreiche Italiener sollen den Aufständischen helfen und eine Garibaldi-Region gebildet haben.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.



Freiw. Feuerwehr
Halber.

Sonntag, den 19. Oktober
morgens 7 Uhr
Schlußübung
Das Kommando.



**Schokoladen und
Zuckerwaren,
sowie Kakao**
in reichlicher Auswahl und
1a. Qualitäten
zu haben im
Konsumverein Halber.

Bäuerl. Bezugs- u. Abgab-
Genossenschaft Halber.

Bestellungen
von

**Kunkelrüben und
Kraftfuttermittel**
aller Art
werden entgegen genommen.

Hausfrauen kauft

**Milchsin
Magarine**

stets frisch mit Wert-
Reklame

Otto Meisterjahn,
Kierspe.
Fernsprecher 218.



Tretet her Ihr meine Lieben,
Nehmet Abschied nun von mir,
Hilfe konnt ich nicht mehr finden,
Meine Leiden war'n zu schwer.
Jetzt zieh' ich jedoch von dannen,
Schließ die müden Augen zu,
Haltet ewig treu zusammen
Und gönnt mir die ewige Ruh.

Heute entschlief nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden im 33. Lebensjahre mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Vater, unser guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Landwirt

August Dörseln.

Um stille Teilnahme bitten:
Die trauernden Hinterbliebenen.
Lingese, den 15. Oktober 1930.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 18. Okt., nachmittags 2 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Lichtspiele Carlshöhe.

Sonnabend 8 Uhr, Sonntag ab 5 und 8 Uhr

Weib in Flammen

8 Akte.

Die Geschichte einer Leidenschaft mit Olga Tschechowa.

Das Findelkind von Singapore

Ein Wiegenlied auf hoher See.
8 spannende Akte.

Lustiges Beiprogramm.

...und ich glaube,
es ist tatsächlich
das Beste für die Wäsche:
**Dr. Thompson's
Seifenpulver**
Marke Schwan

Bum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seifig Paket 15 Pfg.

Öffentliche Mahnung.

Die bis jetzt fällig gewordenen, an die unterzeichnete Kassenverwaltung zu zahlenden Steuern und anderen Abgaben sind spätestens bis zum 20. d. Mts. zu entrichten.

Vom folgenden Tage ab werden die Rückstände nebst Kosten im Wege der Zwangsvollstreckung beigetrieben.

Halber, den 16. Oktober 1930.

Kassen des Amtes Halber.

Für den Vertrieb

eines hochwertigen in jedem Haushalt unentbehrlichen Hausgebrauchsgegenstandes

tüchtige Vertreter

bei wirklich glänzender Verdienstmöglichkeit
per sofort gesucht.

Existenz für abgebaute Beamte und Angestellte. Hohe Provision, evtl. Spesenzuschuß. Einarbeitung und Unterstützung seitens der Firma.

Angebote unter **M 168** an die Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers Halber erbeten.

Motorräder

Liefere zu Fabrikpreisen:

**N. S. U., Zündapp,
Standard, Stock** m. Kardan-
Antrieb.

Habe dauernd
gebrauchte Motorräder am Lager
und gebe dieselben sehr billig ab.

Reparaturwerkstatt, Fahr-Schule

Wilh. Haase, Kierspe i. W.

Fernruf 413, Amt Meinerzhagen.

Niederlage: In Eisenbeton-Refektorien.
Marke: Reform.

Köhlers illustr. Flotten- Kalender

ist eingetroffen. Auf 350 Seiten enthält der vielbekannte Kalender in bunter Folge spannende, reich illustrierte, ernste und heitere See-Erzählungen, belehrende Aufsätze Tabellen, über 150 Abbild. u. vieles andere

Das staltliche Buch
kostet nur RM. 1,30
und enthält außer-
noch ein Preisrätsel
mit Gewinnen bis
zu 7000 RM. —

Wilh. Bell jr.,
Buchdruckerei und
Verlag
Halber i. Westf.
Köhlers illustrierter
deutsch. Kalend. 70 J



Hausstanduhren

kauft man am besten da,
wo sie hergestellt werden.
Schwenningen, die größte
Uhrenstadt der Welt, bietet
Ihnen Gelegenheit, direkt
vom Herstellungsort zu
kaufen. Wir gewähren
Ihnen mehrjährige Garantie
Lieferung: franco Haus.
Jede Uhr wird durch unseren
Fachmann kostenlos nachge-
prüft. Angen. Teilzahlung.
Überzeugen Sie sich bitte
selbst und verlangen Sie
heute noch per Postkarte
die kostenlose Zusendung
unseres Kataloges.

Standuhren G. m. b. H., Schwenningen N.
(Schwarzwald) Alleenstraße 17.